

Jens Giesecke, Die DDR - Staatssicherheit - Schild und Schwert der Partei, Bonn 2000, S.22ff (Auszug)

Demonstranten besetzen die MfS-Kreisdienststelle Jena, 17. Juni 1953:

Die Situation auf der Dienststelle war, ehe die randalierende Masse die Dienststelle überfiel, folgende: (...)

Unter den anwesenden Mitarbeitern der Dienststelle Jena, angefangen vom Dienststellenleiter bis zur Reinemachefrau, herrschte auf Grund der einlaufenden Meldungen von den Sachbearbeitern aus den Betrieben eine große Unruhe. Praktisch wusste keiner, was er machen sollte. Innerhalb der Dienststelle wurden keine konkreten Anweisungen gegeben, welche Maßnahmen zu ergreifen sind, um die Dienststelle zu verteidigen, obwohl die Leitung der Dienststelle durch die ständig eingehenden Meldungen – wie Plünderung des Gebäudes der Nationalen Front, Sturm auf die SED-Kreisleitung Land – der Charakter der Unruhen vollkommen klar sein musste (...)

Als die Menge die Dienststelle umstellt hatte, forderte sie den Hausmeister auf, die Hunde wegzusperren, was auch geschah. Danach näherten sich ca. 6-10 Mann dem Eingang, drückten die äußere Tür ein und schlugen von der 2. Tür die Fensterscheiben ein.

Daraufhin ging der Wachmann Unteroffizier Hagenbruch zu diesen Banditen, zeigte seine Pistole und erklärte: "Zurück oder ich schieße". Daraufhin gingen diese bis zur äußeren Tür zurück. Nunmehr kam (der Dienststellenleiter) Schumann die Treppe herunter, um mit diesen Banditen zu sprechen. Zu Hagenbruch erklärte er, die Waffe weg, geschossen wird nicht. Die Banditen verlangten die Herausgabe der Häftlinge, sowie die Kellerschlüssel, welche ihnen Schumann auch übergab. Weiterhin schrien sie: "Nicht schießen, hinter uns stehen Tausende von Menschen", worauf Schumann ihnen erwiderte: "Nein, geschossen wird nicht. Sie können sich darauf verlassen." Daraufhin traten die Banditen die Tür ein und stürmten das Gebäude, wobei sie Panzerschränke aufbrachen, die Telefonanlage vernichteten, Akten auf den Hof schleppten und verbrannten. (Bericht der MfS-Personalabteilung vom 26.6.1953; "Überfall auf die Dienststellen Jena, Bitterfeld, Merseburg";SAPMO-BArch, DY 30, IV 2/12/109.

Vom 17. Juni 1953 bis zur Entstalinisierung

Nachfolger Zaissers wurde Ernst Wollweber; Generalleutnant Erich Mielke wurde nach einer Überprüfung seiner Amtsführung wieder als stellvertretender Chef eingesetzt. Zur Demonstration der stärkeren Kontrolle und Unterordnung wurde die Staatssicherheit nach sowjetischem Vorbild in ein Staatssekretariat im Ministerium des Innern unter Willi Stoph umgewandelt. Allerdings blieb der Apparat intern weitgehend eigenständig und erlangte am 24. November 1955 wieder den Status eines Ministeriums. Die SED-Führung band die Staatssicherheit nun auch politisch erheblich enger an sich: Wollweber wurde zwar im April 1954 ins Zentralkomitee aufgenommen, doch ein Sitz im Politbüro blieb ihm verwehrt. Die Zuständigkeit für die Staatssicherheit im Politbüro übernahm Ulbricht persönlich. Allerdings hatten auch weiterhin die sowjetischen "Freunde" erheblichen Einfluss, gegen die im Zweifel nichts entschieden werden konnte.

Als neue Aufgabe kam die Auslandsspionage hinzu. Der seit 1951 existierende Außenpolitische Nachrichtendienst der DDR (APN) wurde nun in den Apparat der Staatssicherheit als Hauptabteilung XV eingegliedert.

“Die Aufgaben der Staatssicherheit nach der Junikrise. Aus einem Beschluss des SED-Politbüros vom 23. September 1953:

- a) Die Durchführung einer aktiven Aufklärungsarbeit in Westdeutschland und Westberlin mit dem Ziel des Eindringens in die wichtigsten Institutionen der westlichen Besatzungsmächte, der Bonner Regierung, in die Zentralvorstände der SPD und der Bürgerlichen Parteien und besonders in ihre Ostbüros, in den Kreis westdeutscher Industrieller und anderer monopolistischer Vereinigungen, in militärische und wissenschaftliche Forschungsämter und Institutionen.
- b) Die Durchführung einer aktiven Spionageabwehr in Westdeutschland und Westberlin sowie auf dem Territorium der Deutschen Demokratischen Republik. Das Eindringen der Informatoren in die Spionageorgane, Schulen und Zentren von Spionage- und Diversionsorganisationen zwecks Aufdeckung der Pläne und Absichten des Feindes sowie der in die DDR, UdSSR und in die Länder der Volksdemokraten eingeschleusten Agenten der feindlichen Spionagedienste, der westdeutschen und Westberliner Spionage, Diversions- und terroristischen Organisationen.
- c) Die Durchführung der Agenturarbeit in der Deutschen Demokratischen Republik innerhalb der bürgerlichen politischen Parteien, der gesellschaftspolitischen Massenorganisationen und der kirchlichen Organisationen, in den Kreisen der Intelligenz und der Jugend zwecks Aufdeckung von illegalen antidemokratischen Organisationen und Gruppen und der Beseitigung ihrer Zersetzungstätigkeit.
- c) Die Durchführung des Kampfes gegen Schädlingstätigkeit, Sabotage und Diversion in der Volkswirtschaft, die rechtzeitige Aufdeckung und Abstellung der Zersetzungstätigkeit ausländischer Spionagedienste und ihrer Untergrundorganisationen in der Industrie, in der Landwirtschaft und im Transportwesen, um die Durchführung des neuen Kurses zu gewährleisten, der auf eine entschiedene Verbesserung der materiellen Lage der Bevölkerung der DDR gerichtet ist.
- e) Die Durchführung der Abwehrtätigkeit unter dem Personal der Kasernierten, See-, Luft-, Transport- und übrigen Volkspolizei einschließlich Kriminalpolizei, mit dem Ziel, diese Organe vor dem Eindringen der Agenten der imperialistischen Spionagedienste und der westdeutschen Untergrundzentralen zu schützen.
- f) Die Gewährleistung des zuverlässigen Schutzes der verantwortlichen Funktionäre der Partei und Regierung.
- g) Die Gewährleistung einer exakten Zusammenarbeit der Staatssicherheitsorgane mit den Polizeiorganen im Zentrum und in den nachgeordneten Dienststellen.

Das ZK der SED lenkt die Aufmerksamkeit der Staatssicherheitsorgane besonders auf die Notwendigkeit einer wesentlichen Verstärkung der Arbeit in den Bezirken und Kreisen, wo eine Konzentration von ehemaligen Sozialdemokraten, ehemaligen Faschisten und bürgerlichen Spezialisten, die in Verbindung mit westdeutschen und westberliner Konzernen stehen, festgestellt ist.

Das ZK verlangt von den Staatssicherheitsorganen die Aufdeckung und Entlarvung der Untergrundorganisationen der westdeutschen und Westberliner Zentralen in Magdeburg,

Halle, Leipzig, Dresden, Jena und anderen Städten, wo während der Provokationen am 17.6.1953 die aktivste faschistische Tätigkeit zu verzeichnen war.

(In: Karl Wilhelm Fricke/Roger Engelmann: "Konzentrierte Schläge", Staatssicherheitsaktionen und politische Prozesse in der DDR 1953-1956, Berlin 1998 (Ch. Links Verlag), S. 251f)"

Kopf des APN war zunächst der langjährige Sowjetagent Richard Stahlmann (alias Arthur Illner) gewesen, im November 1952 abgelöst durch den damals 29-jährigen Markus Wolf. Nach der Eingliederung in die Staatssicherheit wurde Wolf zum Generalmajor und Stellvertreter Wollwebers ernannt. 1956 wurde die Hauptabteilung XV zur Hauptverwaltung Aufklärung (HVA) umstrukturiert.

Als Reaktion auf die Junikrise begann die Staatssicherheit 1953 mit dem Aufbau von eigenständigen Informationsgruppen, die die gesammelten Meldungen zu Stimmungsberichten zusammenfassen sollten. Der praktische Nutzen der Gruppen blieb allerdings aufgrund der geringen Größe und mangels qualifizierten Personals gering. Auch die Werbung von inoffiziellen Mitarbeitern sollte intensiviert werden. Ihre Überwachungsfunktion demonstrierte die Staatssicherheit in erster Linie nach wie vor durch Verhaftungen. Um rasche Erfolge bemüht, nahm sie, beginnend mit der Aktion "Feuerwerk" im November 1953, unter erheblichem propagandistischem Aufwand mehrere hundert vermeintliche Agenten fest. Nach vorliegenden Schätzungen entführte sie im Zuge solcher Verhaftungsaktionen sowie in Einzeloperationen etwa 600 bis 700 Menschen aus dem Westen in den Machtbereich der SED, darunter allein 120 der etwa 400 bis 1961 geflüchteten MfS-Mitarbeiter. Den vom Politbüro im September 1953 formulierten Auftrag, die "Hintermänner und Organisatoren des faschistischen Putschversuches", wie der 17. Juni mittlerweile gewertet wurde, zu finden, konnte die Staatssicherheit auch mit Hilfe solcher spektakulären Aktionen gleichwohl nicht erfüllen.

1955 zeichnete sich im Ost-West-Verhältnis eine leichte Entspannung ab. Die osteuropäischen Geheimdienste reagierten zum "Ausgleich" mit einer Kurskorrektur: Die geheime Arbeit nach dem Westen sollte erheblich verstärkt werden, sowohl was die Spionage als auch was verdeckte Aktionen im gegnerischen Lager betraf.

Der Spionagechef Markus Wolf über die Anfänge der Agentenarbeit:

Mit Glück und Voraussicht hatten wir unseren dienstältesten Kundschafter in Westdeutschland, Adolf Kanter, in der Umgebung eines rheinland-pfälzischen Nachwuchspolitikers namens Helmut Kohl platziert. Kanter, Deckname Fichtel, war von der Parteiaufklärung zu unserem Dienst gekommen. Nach dem Krieg hatte er die FDJ in Rheinland-Pfalz mit aufgebaut und gehörte ihrem Landesvorstand an. 1949 verließ er die kommunistische Jugendorganisation und trat nach einer Schamfrist der Jungen Union bei, in der er Kreisvorsitzender und Bezirksschulungsreferent wurde.

Kanter schloss sich der jungen CDU-Truppe an, die gegen den Widerstand der Parteihonoratioren den Weg für die Karriere von Helmut Kohl bahnte. Zu Kanters politischen und persönlichen Freunden zählte der Flick-Manager Eberhard von Brauchitsch. Über ihn besorgte er schon früh Spenden für Kohls Mannschaft. Er kannte dadurch den späteren Kanzler persönlich und konnte vertrauliche Beziehungen zu einigen Männern aufbauen, die Kohl zunächst in Mainz und später in Bonn um sich scharte. (...) "Fichtel" wurde (1974) Prokurist und stellvertretender Leiter im Bonner Büro des Flick-Konzerns.

(Markus Wolf: Spionagechef im geheimen Krieg. Erinnerungen. München 1997 (Paul List Verlag), S. 172 f.)

In den MfS-Bezirksverwaltungen wurden eigene Spionageabteilungen gebildet und die Westaufgaben der Abwehrlinien ausgeweitet. So wurden zum Beispiel in der Linie III (Volkswirtschaft) eigene Referate bzw. Arbeitsgruppen für die Aktivitäten gegen westliche Konzerne eingerichtet, die unter anderem auch Industrie- und Militärsplionage betreiben sollten. Für diese neue Schwerpunktsetzung sollte zum Teil auch die Arbeit gegen die inneren "Feinde" zurücktreten.

Nach der nur durch die Sowjetarmee abgewendeten Niederlage des 17. Juni 1953 rüstete sich die SED-Führung besser für den Fall einer kriegerischen Auseinandersetzung oder innerer Unruhen in der DDR.

1954 bildete sie zu diesem Zweck eine Sicherheitskommission sowie Bezirks- und Kreiseinsatzleitungen, in denen auch die Staatssicherheit vertreten war.

Die MfS-Wacheinheiten in den ehemaligen Landeshauptstädten (außer dem Wachregiment Berlin) wurden mit Teilen der zuvor dem Innenministerium unterstellten Bereitschaftspolizei als "innere Truppen" zusammengeführt. Gemeinsam mit der Grenzpolizei und der Transportpolizei unterstanden sie ab 1955 dem stellvertretenden Minister Gartmann. Da Wollweber die so geformten personalstarken Verbände (nach eigenem Bekunden) als Fremdkörper im MfS betrachtete, wurden sie im Frühjahr 1957 dem Innenministerium unterstellt. Damit blieb das Wachregiment Berlin der einzige militärische Verband des MfS.

Den ungarischen Volksaufstand im Oktober 1956 und die Junikrise vor Augen, verabschiedete das Politbüro im November 1956 einen mehrstufigen Plan zur Niederschlagung innerer Unruhen durch die bewaffneten Organe der DDR sowie, falls notwendig, auch durch sowjetische Truppen. Der "1. Etappen" des Einsatzplans zufolge sollten Unruhen zunächst durch die Volkspolizei, bewaffnete MfS-Einheiten sowie die paramilitärischen Kampfgruppen der Arbeiterklasse mit "einfachen polizeilichen Mitteln" wie Wasserwerfern und Absperrungen niedergeschlagen werden. NVA-Einheiten sollten nur in Ausnahmefällen eingesetzt werden.

Im Kriegs- bzw. inneren Spannungsfall hätte das Wachregiment die ihm anvertrauten Regierungs- und Parteiobjekte militärisch schützen sollen. Angesichts des erheblichen Umfangs ist davon auszugehen, dass ein solcher Auftrag gegebenenfalls auch offensive Operationen eingeschlossen hätte.

Das Wachregiment verfügte unter anderem über Schützenpanzerwagen und Mörser, aber nicht über schweres militärisches Gerät. Die MfS-Mitarbeiter der anderen Dienstseinheiten waren in der Regel mit Pistolen ausgerüstet, daneben standen große Mengen von Maschinenpistolen zur Verfügung. Der immense Umfang zeigt deutlich, dass das Ministerium für Staatssicherheit bürgerkriegsfähig ausgerüstet sein sollte, um im Falle eines neuerlichen "17. Juni", dessen Erfahrungen immer den Bezugspunkt entsprechender Planungen bildeten, auf die Verteidigung der Machtzentren vorbereitet zu sein.